

FACHBUCHREIHE
für rechtliche Bildung

Fachkunde für Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte

12. Auflage

Lutz
Schöneberger

VERLAG EUROPA-LEHRMITTEL
Nourney, Vollmer GmbH & Co. KG
Düsselberger Straße 23
42781 Haan-Gruiten

Europa-Nr.: 98913



Autoren:

Dipl.-Kfm., Dipl.-Hdl. Ferdinand Lutz, Rodalben-Neuhof
Petra Schöneberger, Bürovorsteherin, Hornbach

12. Auflage 2014

Druck 5 4 3 2 1

Alle Drucke derselben Auflage sind parallel einsetzbar, da sie bis auf die Behebung von Druckfehlern untereinander unverändert sind.

ISBN 978-3-8085-9649-4

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der gesetzlich geregelten Fälle muss vom Verlag schriftlich genehmigt werden.

© 2014 by Verlag Europa-Lehrmittel, Nourney, Vollmer GmbH & Co. KG, 42781 Haan-Gruiten
<http://www.europa-lehrmittel.de>
Umschlaggestaltung, Satz: Satz+Layout Werkstatt Kluth GmbH, 50374 Erftstadt
Druck: Medienhaus Plump GmbH, 53619 Rheinbreitbach

Vorwort

Der vorliegende Band **Fachkunde für Rechtsanwalts- und Notarfachangestellte** gehört zu der vom Verlag Europa-Lehrmittel herausgegebenen Fachbuchreihe **Rechtliche Bildung**.

Das Werk lehnt sich eng an den Rahmenlehrplan für den Ausbildungsberuf Rechtsanwaltsfachangestellte und an die ReNoPat-AusbV vom 17. Dezember 2008 an. Beide Rechtsverordnungen sind in dem Konzept durch **Lernziele** vereint. Die Schüler werden weder über- noch unterfordert. Um das Ausbildungsziel zu erreichen und damit die Leistung vergleichbar zu machen, sind die Lernziele den einzelnen Lerngebieten vorangestellt.

Die Voranstellung der Lernziele bedeutet für die Schüler eine richtungsweisende Sicherheit, welche Lerninhalte aufzunehmen und zu verarbeiten sind, um die angestrebten Lernziele zu erreichen. Für Lehrer und Ausbilder ist damit die Möglichkeit eröffnet, pädagogische und didaktische Schwerpunkte zu setzen. Nicht die im Rahmenlehrplan formulierten Grobziele sind allein entscheidend, sondern die Schritte zur Erreichung dieser Ziele. Die materielle Substanz wird nach der Voranstellung der Lernziele in dem Informationsteil dargeboten.

Gegenüber den herkömmlichen Lehr- bzw. Lernbüchern liegen **Bedeutung** und **Aktualität** des Konzepts darin, dass **die Lerninhalte schrittweise den Lernzielen entsprechend behandelt** werden. Bezogen auf die Lernziele werden die Lerninhalte systematisch und schülergemäß dargeboten.

Die Bücher zeichnen sich dadurch aus, dass anhand praktischer und praxisnaher Fälle das Erlernte vertieft und angewandt wird, sodass nicht nur „Kenntnis“ der Materie besteht, sondern „Beherrschung“ des gesamten Stoffes. **Ganzheitliches Lernen** ist das prägende Element des Werkes. Im Mittelpunkt des Ausbildungsbemühens steht der selbstständig denkende und mit **ausreichender Handlungskompetenz** ausgestattete Mitarbeiter des Rechtsanwalts/Notars.

Lehrer und Ausbilder erhalten durch die vorliegenden Bände die zu erreichenden Lernziele der Auszubildenden konzeptionell (systematisch) dargeboten. Damit ist eine enge Verzahnung im Dualen System zwischen Ausbilder und Lehrer geschaffen.

Der vorliegende Band enthält außer den Inhalten des **Verfahrens- und Vollstreckungsrechts** auch die Lerninhalte des Lerngebiets **Rechtspflege**. Die Kenntnis der Personen der Rechtspflege und der Zweige der Gerichtsbarkeit ist zum besseren Verständnis der fachkundlichen Inhalte notwendig.

Die oft schwierigen rechtlichen Tatbestände des Verfahrens- und Vollstreckungsrechts werden durch einfache Merksätze, klare Übersichten und kurze Fallbeispiele transparent und verständlich gemacht. Dabei haben sich die Verfasser bewusst an dem Lern- und Behaltevermögen der Schülerinnen und Schüler orientiert.

Fallgestaltungen mit mustergültigen Schriftsätzen und Aufgaben sind praxisnah und entsprechen den Anforderungen, die bei Prüfungen für Rechtsanwaltsfachangestellte in allen Bundesländern gestellt werden.

Die Verfasser sind sich bewusst, dass dem vorliegenden Band trotz aller Sorgfalt Unrichtigkeiten anhaften können. Sie bitten deshalb Ausbilder, Kollegen und Schüler, das Buch zu prüfen und durch sachliche Kritik zur Verbesserung beizutragen.

Die Verfasser danken dem Verlag für die Ermöglichung des Projekts und die hervorragende Unterstützung.

Rodalben-Neuhof und Hornbach, im Sommer 2008

Die Verfasser

Vorwort zur 11. Auflage

Bei der 11. Auflage wurde der **Stand der Gesetzgebung** bis zum **Winter 2012/2013** berücksichtigt.

Insbesondere ist das

Lerngebiet IV: Die Zwangsvollstreckung

völlig neu bearbeitet worden.

Diese Neubearbeitung ist notwendig geworden, weil sich seit Erscheinen der 10. Auflage durch die **große Reform des Zwangsvollstreckungsrecht 2013** zahlreiche Änderungen in dem Werk ergeben haben.

Vorwort und Änderungen zur 12. Auflage

Bei der 12. Auflage wurde der **Stand der Gesetzgebung** bis zum **Winter 2014/2015** berücksichtigt.

Insbesondere sind die im **Lerngebiet IV: Die Zwangsvollstreckung** enthaltenen Eurobeiträge bei der **Pfändung von Arbeitseinkommen** auf den **neuesten Stand der Gesetzgebung** gebracht worden.

Wir danken allen Schülerinnen und Schülern, den Kolleginnen und Kollegen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte sowie den Dozenten und Dozentinnen der Fort- und Weiterbildungseinrichtungen für ihre positive Kritik. Für weitere Anregungen und Hinweise sind wir dankbar.

Rodalben-Neuhof und Hornbach, im Winter 2014/2015

Die Verfasser

Inhaltsverzeichnis

Lerngebiet I: Recht. 15

- 1 Einführung in das Recht 16**
- 1.1 Begriff und Wesen des Rechts 16**
- 1.1.1 Die Sittlichkeit 16
- 1.1.2 Die Sitte. 16
- 1.1.3 Änderungen des Rechts. 17
- 1.1.4 Rechtssubjekt – Rechtsobjekt 17
- 1.1.5 Rechtsnormen. 18
- 1.2 Die Rechtsordnung des Staates 18**
- 1.2.1 Das objektive Recht 18
- 1.2.2 Das subjektive Recht 18
- 1.3 Recht und Gerechtigkeit 19**

- 2 Die Gewaltenteilung 21**
- 2.1 Notwendigkeit der Gewaltenteilung 21**
- 2.1.1 Die Staatsgewalt ist dreigeteilt 22
- 2.1.2 Die Bindung der Staatsorgane 22
- 2.2 Horizontale und vertikale Gewaltenteilung 22**

- 3 Die Rechtsquellen 24**
- 3.1 Das geschriebene Recht 24**
- 3.1.1 Gesetze 24
- 3.1.2 Rechtsverordnungen 24
- 3.1.3 Satzungen 24
- 3.2 Das Gewohnheitsrecht 25**

- 4 Einteilungen des Rechts 26**
- 4.1 Privatrecht und öffentliches Recht 26**
- 4.1.1 Privatrecht (Zivilrecht, bürgerliches Recht) 26
- 4.1.2 Das öffentliche Recht 27
- 4.2 Materielles und formelles Recht 28**
- 4.2.1 Materielles Recht 28
- 4.2.2 Formelles Recht 29
- 4.3 Zwingendes und nachgiebiges (dispositives) Recht 29**
- 4.3.1 Zwingendes Recht 29
- 4.3.2 Nachgiebiges (dispositives) Recht 30

- 5 Die Rechtspflege 31**
- 5.1 Die Personen der Rechtspflege 31**
- 5.1.1 Der Richter 31
- 5.1.2 Der Staatsanwalt 33
- 5.1.3 Der Rechtsanwalt 35
- 5.1.4 Der Notar 37
- 5.1.5 Der Patentanwalt 38
- 5.1.6 Der Rechtspfleger 40
- 5.1.7 Der Urkundsbeamte. 40
- 5.1.8 Der Gerichtsvollzieher. 40
- 5.2 Die Gerichtsbarkeiten. 41**
- 5.2.1 Europäische Gerichtsbarkeit. 41
- 5.2.2 Die Verfassungsgerichtsbarkeit 42
- 5.2.3 Die ordentliche Gerichtsbarkeit 43
- 5.2.3.1 Die Zivilgerichtsbarkeit 44
- 5.2.3.1.1 Die streitige Gerichtsbarkeit 44
- 5.2.3.1.2 Die freiwillige Gerichtsbarkeit 45
- 5.2.3.2 Die Strafgerichtsbarkeit. 45

- 5.2.3.3 Besetzung und Zuständigkeit der Zivilgerichte 45
- 5.2.3.4 Instanzenzug in Zivilsachen 49
- 5.2.3.5 Besetzung und Zuständigkeit der Strafgerichte. 50
- 5.2.3.6 Zuständigkeit in Bußgeldsachen. 53
- 5.2.4 Die besondere Gerichtsbarkeit 54
- 5.2.4.1 Die Arbeitsgerichtsbarkeit. 54
- 5.2.4.2 Die Disziplinargerichtsbarkeit. 56
- 5.2.4.3 Die Finanzgerichtsbarkeit 56
- 5.2.4.4 Die Patentgerichtsbarkeit 57
- 5.2.4.5 Die Sozialgerichtsbarkeit. 57
- 5.2.4.6 Die Verwaltungsgerichtsbarkeit 59
- 5.3 Aufgaben und Übungsfälle. 61**

Lerngebiet II: Das Mahnverfahren. 65

- 6 Außergerichtliche Mahnung 65**
- 6.1 Das anwaltliche Aufforderungsschreiben 65**
- 6.1.1 Zielsetzung des anwaltlichen Aufforderungsschreibens. 65
- 6.1.1.1 Exkurs: Voraussetzungen des Verzugs 66
- 6.1.1.2 Folgen des Schuldnerverzugs bei Geldschulden 67
- 6.1.1.3 Zusammenfassung Voraussetzungen und Folgen des Schuldnerverzugs bei Geldschulden 68
- 6.1.2 Inhalt des Aufforderungsschreibens. 68
- 6.1.3 Beispiel eines anwaltlichen Aufforderungsschreibens. 70
- 6.1.4 Vergütungsberechnung im Aufforderungsschreiben 72
- 6.1.4.1 Vergütung des Rechtsanwalts ohne Klageauftrag 72
- 6.1.4.2 Vergütung des Rechtsanwalts mit Klageauftrag. 73
- 6.2 Gesamtzusammenfassung 73**
- 6.3 Aufgaben und Übungsfälle. 74**

- 7 Das gerichtliche Mahnverfahren 75**
- 7.1 Zweck des Mahnverfahrens 76**
- 7.2 Zulässigkeit des Verfahrens. 76**
- 7.3 Zuständigkeit für das gerichtliche Mahnverfahren. 78**
- 7.3.1 Sachliche Zuständigkeit 78
- 7.3.2 Örtliche Zuständigkeit 78
- 7.3.3 Funktionelle Zuständigkeit 80
- 7.4 Der amtliche Formularsatz 80**
- 7.4.1 Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids. 81
- 7.4.2 Ausfüllhinweise zum Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids 81
- 7.4.3 Erläuterungen und Beispiele. 86
- 7.4.4 Beispiel eines vollständig ausgefüllten Mahnbescheids. 107

7.5	Das Verfahren bei Gericht	110	7.15.1	Der Urkunden-(Wechsel- und Scheck-)Mahnbescheid	141
7.5.1	Monierungsschreiben des Gerichts	110	7.15.2	Widerspruch im Urkunden-, Wechsel- und Scheckmahnverfahren	141
7.5.2	Monierungsantwort des Antragstellers	111	7.15.2.1	Uneingeschränkter Widerspruch des Antragsgegners	142
7.5.3	Erlass des Mahnbescheids	112	7.15.2.2	Eingeschränkter Widerspruch des Antragsgegners	142
7.5.4	Kostenrechnung und Kostenzahlung	113	7.15.3	Zusammenfassung	143
7.5.4.1	Zahlungsvordrucke	113	7.15.3.1	Vom uneingeschränkten Widerspruch zum Vorbehaltsurteil	143
7.5.4.2	Kennziffer	113	7.15.3.2	Eingeschränkter Widerspruch und Vorbehaltvollstreckungsbescheid	144
7.5.4.3	Einzugsermächtigung	113	7.16	Aufgaben und Übungsfälle	145
7.6	Nichtzustellung und Neuzustellung des Mahnbescheids	114	8	Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids in einer nur maschinell lesbaren Form Fundstelle im Internet: www.online-mahnantrag.de	150
7.6.1	Nichtzustellungsnachricht	114	8.1	Allgemeines	150
7.6.2	Antrag auf Neuzustellung eines Mahnbescheids	114	8.2	Auswahl des Bundeslandes des Antragstellers	151
7.6.3	Weitere Auslagen des Antragstellers	116	8.3	Versandart	152
7.6.4	Zusammenfassung	117	8.4	Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids	153
7.7	Zustellung des Mahnbescheids an den Antragsgegner	118	8.4.1	Für wen wird der Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids erfasst?	153
7.8	Zusammenfassung	119	8.4.2	Prozessbevollmächtigter des Antragstellers	154
7.9	Entscheidungsmöglichkeiten des Antragsgegners	120	8.4.3	Angaben zum Antragsteller	156
7.10	Antrag auf Erlass des Vollstreckungsbescheids	120	8.4.3.1	Erfassen einer natürlichen Person	156
7.10.1	Ausfüllhinweise	122	8.4.3.2	Erfassen einer Firma	156
7.10.2	Auslagen der Zustellung des Vollstreckungsbescheids	123	8.4.3.3	Erfassen einer Kennziffer	157
7.10.2.1	Antrag auf Zustellung von Amts wegen	123	8.4.3.4	Erfassen eines sonstigen Antragstellers	157
7.10.2.2	Antrag auf Zustellung im Parteibetrieb	124	8.4.4	Angaben zum Antragsgegner	160
7.10.2.3	Zusammenfassung	125	8.4.4.1	Angaben zu Hauptforderung und Zinsen	165
7.10.2.4	Zurückweisung des Antrags	126	8.4.4.2	Angaben zu Auslagen und Nebenforderungen	169
7.11	Nichtzustellung und Neuzustellung des Vollstreckungsbescheids	126	8.5	Angaben zum Prozessgericht	172
7.11.1	Nichtzustellungsnachricht	126	8.6	Allgemeine Angaben zum Antrag	172
7.11.2	Antrag auf Neuzustellung eines Vollstreckungsbescheids	126	8.7	Übersicht über die erfolgten Eingaben im Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids	174
7.11.3	Zusammenfassung	127	8.8	Ausdruck über Barcode	177
7.12	Erlass und Zustellung des Vollstreckungsbescheids	128	8.9	Druckausgabe über PDF	177
7.12.1	Ausfertigungen	128	Lerngebiet III: Das Verfahrensrecht	183	
7.12.2	Übersendungsschreiben	128	9	Der Zivilprozess	183
7.12.3	Zusammenfassung	129	9.1	Die Zuständigkeit der Gerichte	185
7.13	Rechtsbehelfe im Mahnverfahren	130	9.1.1	Die sachliche Zuständigkeit	185
7.13.1	Widerspruch gegen den Mahnbescheid	130	9.1.1.1	Die sachliche Zuständigkeit der Amtsgerichte	185
7.13.2	Form und Frist des Widerspruchs	130	9.1.1.2	Die sachliche Zuständigkeit der Landgerichte	188
7.13.3	Verfahren nach erhobenen Widerspruch	131	9.1.1.3	Die Berechnung des Streitwertes	189
7.13.4	Rücknahme des Widerspruchs	132	9.1.2	Die funktionelle Zuständigkeit	192
7.13.5	Zusammenfassung	133	9.1.3	Die örtliche Zuständigkeit	193
7.13.6	Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid	134	9.1.3.1	Allgemeiner Gerichtsstand	194
7.13.7	Zusammenfassung	137			
7.14	Gerichtskosten und Rechtsanwaltsvergütung	138			
7.14.1	Formale Darstellung der Gerichtskosten	13			
7.14.2	Formale Darstellung der Rechtsanwaltsvergütung	139			
7.15	Das Urkunden-, Wechsel- und Scheckmahnverfahren	141			

9.1.3.2	Die besonderen Gerichtsstände . . . 195	9.5	Erhebung und
9.1.3.3	Die ausschließlichen Gerichtsstände 198		Zustellung der Klage 246
9.1.3.4	Mehrere Gerichtsstände 199	9.5.1	Die Rechtshängigkeit und deren Wirkungen 247
9.1.3.5	Zuständigkeitsvereinbarungen – Prorogation 200	9.5.1.1	Wirkungen, die den Anspruch betreffen (materiell-rechtliche Wirkungen) 247
9.1.3.6	Die Folgen der Unzuständigkeit . . 201	9.5.1.2	Wirkungen, die das Verfahren be- treffen (prozessuale Wirkungen) . . 249
9.2	Die Prozessparteien	9.5.2	Übersicht 250
	und ihre Vertreter 201	9.6	Gang des erstinstanzlichen
9.2.1	Die Parteifähigkeit 202		Erkenntnisverfahrens 249
9.2.1.1	Die Parteifähigkeit natürlicher Personen 203	9.6.1	Allgemeine Verfahrensgrundsätze 249
9.2.1.2	Die Parteifähigkeit juristischer Personen 203	9.6.1.1	Grundsatz des rechtlichen Gehörs 251
9.2.1.3	Die Parteifähigkeit bestimmter Personenvereinigungen 205	9.6.1.2	Grundsatz der Mündlichkeit 251
9.2.2	Die Prozessfähigkeit 206	9.6.1.3	Grundsatz der Öffentlichkeit 252
9.2.2.1	Volle Geschäftsfähigkeit und Prozessfähigkeit 206	9.6.1.4	Grundsatz der Verhandlung 252
9.2.2.2	Beschränkte Geschäftsfähigkeit und Prozessfähigkeit 207	9.6.2	Die Prozessvoraussetzungen 253
9.2.2.3	Geschäftsunfähigkeit und Prozessunfähigkeit 208	9.6.3	Vorbereitung des Haupttermins . . 255
9.2.3	Die gesetzlichen Vertreter 209	9.6.3.1	Früher erster Termin 257
9.2.4	Parteiprozess und Anwaltsprozess 210	9.6.3.2	Das schriftliche Vorverfahren . . . 257
9.2.5	Die Prozessvollmacht 211	9.6.4	Möglicher Verlauf des Haupttermins 258
9.2.5.1	Umfang der Prozessvollmacht . . . 211	9.6.5	Das Sitzungsprotokoll gem. §§ 159 ff. ZPO 260
9.2.5.2	Beschränkungen der Prozessvollmacht 212	9.6.6	Das Beweisverfahren 260
9.3	Die Zustellung 213	9.6.7	Die Beweismittel 263
9.3.1	Allgemeine Bestimmungen 213	9.6.7.1	Sachverständigenbeweis gem. §§ 402 ff. ZPO 264
9.3.2	Die Arten der Zustellung 214	9.6.7.2	Parteivernehmung gem. §§ 445 ff. ZPO 264
9.3.2.1	Die Zustellungen von Amts wegen 214	9.6.7.3	Augenschein gem. §§ 371 ff. ZPO 265
9.3.2.1.1	Die Zustellung im Ausland gem. § 183 ZPO 223	9.6.7.4	Urkundenbeweis gem. §§ 415 ff. ZPO 265
9.3.2.1.2	Zustellungsbevollmächtigter; Zustel- lung durch Aufgabe zur Post gem. § 184 ZPO 224	9.6.7.5	Zeugenbeweis gem. §§ 373 ff. ZPO 267
9.3.2.1.3	Öffentliche Zustellung gem. § 185 ZPO 224	9.7	Der Stillstand des Verfahrens . . . 268
9.3.2.1.4	Heilung von Zustellungsmängeln gem. § 189 ZPO 225	9.8	Der Abschluss des
9.3.2.2	Die Zustellungen auf Betreiben der Parteien 225		Erkenntnisverfahrens 269
9.3.2.2.1	Die Zustellung durch Gerichtsvollzieher 225	9.8.1	Beendigung des Verfahrens ohne Urteil 269
9.3.2.2.2	Die Zustellung von Anwalt zu Anwalt gem. § 195 ZPO 227	9.8.1.1	Die Erledigung der Hauptsache gem. § 91a ZPO 269
9.4	Die Klage 227	9.8.1.2	Die Klagerücknahme gem. § 269 ZPO 270
9.4.1	Die Klagearten 228	9.8.1.3	Der Prozessvergleich 271
9.4.1.1	Die Leistungsklage 228	9.8.2	Beendigung des Verfahrens durch Urteil gem. §§ 300 ff. ZPO . 272
9.4.1.2	Die Feststellungsklage 229	9.8.2.1	Urteile auf Grund nichtstreitiger Verhandlung 274
9.4.1.3	Die Rechtsgestaltungsklage 230	9.8.2.1.1	Anerkenntnis- und Verzichtsurteile 274
9.4.2	Die Klageschrift 231	9.8.2.1.2	Versäumnisurteil 275
9.4.2.1	Inhalt und Aufbau einer Klageschrift 231	9.8.2.2	Urteile auf Grund streitiger Verhandlung 275
9.4.2.2	Beispiel einer Klageschrift 240	9.8.2.2.1	End-, Teil- und Schlussurteile . . . 275
9.4.3	Aktenzeichen der ordentlichen Gerichte 242	9.8.2.2.2	Zwischenurteile 276
9.4.4	Die Klagenhäufung 244	9.8.2.2.3	Grundurteil 276
9.4.4.1	Objektive Klagenhäufung gem. § 260 ZPO 244	9.8.2.2.4	Vorbehaltsurteil 277
9.4.4.2	Die subjektive Klagenhäufung gem. §§ 59 ff. ZPO 245	9.8.3	Die Rechtskraft der Urteile 277
		9.8.4	Möglichkeiten der Urteilsberich- tigung und Urteilsergänzung . . . 278
		9.9	Aufgaben und Übungsfälle 280

10	Abweichungen im Verfahrensablauf	288	11.3.3.4	Die Entscheidungen des Gerichts im Beschwerdeverfahren	323
10.1	Das Versäumnisverfahren	288	11.3.4	Die Erinnerung	324
10.1.1	Das Versäumnisurteil	289	11.3.5	Die Rechtsbeschwerde	325
10.1.1.1	Versäumnisurteil bei Säumnis des Beklagten	290	11.4	Änderung und Beseitigung rechtskräftiger Urteile	328
10.1.1.2	Versäumnisurteil bei Säumnis des Klägers	292	11.4.1	Die Abänderungsklage gem. § 323 ZPO	328
10.1.2	Einspruch gegen das Versäum- nisurteil gem. §§ 338 ff. ZPO	292	11.4.2	Die Wiederaufnahme des Verfahrens gem. §§ 578 ff. ZPO	329
10.1.2.1	Muster einer Einspruchsschrift	293	11.5	Aufgaben und Übungsfälle	331
10.1.2.2	Begründung des Einspruchs	294	12	Termine	333
10.1.2.3	Prüfung des Einspruchs	294	13	Fristen	335
10.1.3	Zweites Versäumnisurteil	296	13.1	Eigentliche Fristen	335
10.2	Die Entscheidung nach Lage der Akten	296	13.1.1	Gesetzliche Fristen	336
10.3	Das schriftliche Verfahren	297	13.1.1.1	Notfristen	336
10.4	Das selbstständige Beweisverfahren	298	13.1.1.2	Sonstige gesetzliche Fristen	337
10.5	Aufgaben und Übungsfälle	300	13.1.2	Richterliche Fristen	338
11	Rechtsbehelfe und Rechtsmittel im Zivilprozess	301	13.2	Uneigentliche Fristen	338
11.1	Allgemeines	301	13.3	Zusammenfassung	339
11.2	Die Rechtsbehelfe	302	13.4	Die Regeln für die Berechnung der Fristen	340
11.3	Die Rechtsmittel	302	13.4.1	Beginn, Laufzeit und Ende der Fristen	340
11.3.1	Die Berufung gem. §§ 511 ff. ZPO	305	13.4.2	Zusammenfassung	346
11.3.1.1	Statthaftigkeit der Berufung	305	13.4.3	Wiederholungsaufgaben	347
11.3.1.2	Berufungsfrist	306	13.4.4	Antrag auf Fristverlängerung	348
11.3.1.3	Berufungsschrift	307	13.5	Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	350
11.3.1.4	Muster einer Berufungsschrift	308	13.5.1	Die Voraussetzungen der Wiedereinsetzung	350
11.3.1.5	Berufungsbegründungsschrift	309	13.5.1.1	Wiedereinsetzungsgründe	351
11.3.1.6	Entscheidungen des Gerichts im Berufungsverfahren	309	13.5.1.2	Der Wiedereinsetzungsantrag, Frist und Form	351
11.3.1.6.1	Zulässigkeitsvoraussetzungen	309	13.5.2	Beispiel einer Wiedereinsetzungsschrift	354
11.3.1.6.2	Zurückweisung der Berufung	310	13.6	Exkurs: Rechtsmittel und Fristen in Strafsachen und anderen Verfahren	356
11.3.1.6.3	Terminsbestimmung	310	13.6.1	Rechtsmittel und Fristen nach der Strafprozessordnung (StPO)	356
11.3.1.6.4	Verfahren vor dem Berufungsgericht	310	13.6.2	Rechtsbehelf gegen den Strafbefehl	361
11.3.1.6.5	Kostenentscheidung	313	13.6.3	Strafantragsfrist nach Strafgesetzbuch (StGB)	361
11.3.1.6.6	Rücknahme der Berufung	313	13.6.4	Rechtsbehelf gegen den Bußgeldbescheid	362
11.3.1.7	Anschlussberufung	314	13.7	Übungsaufgaben zur Fristenberechnung in Zivilsachen	362
11.3.1.7.1	Form und Frist der Anschlussberufung	315	13.8	Übungsaufgaben zur Fristen- berechnung in Strafsachen und anderen Verfahren	366
11.3.1.7.2	Wegfall der Wirkung der Anschlussberufung	316	13.9	Anhang: Anzuwendender Kalender zur Lösung der Übungsaufgaben	367
11.3.1.8	Versäumnisverfahren in der Berufungsinstanz	316	14	Besonderheiten ausgewählter Verfahrensarten	368
11.3.2	Die Revision gem. §§ 542 ff. ZPO	316	14.1	Der Urkundenprozess	369
11.3.2.1	Statthaftigkeit der Revision	316	14.2	Der Wechselprozess	372
11.3.2.2	Revisionsfrist	318	14.3	Der Scheckprozess	372
11.3.2.3	Revisionschrift	318	14.4	Das Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkheit (FamFG)	372
11.3.2.4	Revisionsbegründungsschrift	319			
11.3.2.5	Entscheidungen des Gerichts im Revisionsverfahren	319			
11.3.2.6	Die Sprungrevision gem. § 566 ZPO	321			
11.3.3	Die sofortige Beschwerde gem. §§ 567 ff. ZPO	321			
11.3.3.1	Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde	321			
11.3.3.2	Die Einlegung der sofortigen Beschwerde	322			
11.3.3.3	Die Anschlussbeschwerde	323			

14.4.1	Systematik des FamFG	372	14.14.1.3	Der Antrag auf Bewilligung der Prozesskostenhilfe	391
14.4.2	Sachliche Zuständigkeit	373	14.14.2	Das Bewilligungsverfahren	392
14.4.2.1	Das Amtsgericht	373	14.14.3	Die Wirkung der Bewilligung	392
14.4.2.2	Das Landgericht als Beschwerdegericht	373	14.14.4	Aufhebung der Bewilligung von Prozesskostenhilfe	393
14.4.2.3	Das Oberlandesgericht als Beschwerdegericht	374	14.15	Aufgaben und Übungsfälle	393
14.4.2.4	Der Bundesgerichtshof als Gericht der Rechtsbeschwerde	374	15	Die Arbeitsgerichtsbarkeit	395
14.4.3	Funktionelle Zuständigkeit	374	15.1	Allgemeines	395
14.4.4	Örtliche Zuständigkeit	374	15.2	Verfahrensgrundsätze im Arbeitsgerichtsprozess	396
14.4.5	Beteiligte, Beteiligtenfähigkeit und Verfahrensfähigkeit	375	15.2.1	Der Beschleunigungsgrundsatz	396
14.4.5.1	Beteiligte	375	15.2.2	Parteifähigkeit	396
14.4.5.2	Beteiligtenfähigkeit	376	15.2.3	Die Prozessfähigkeit	396
14.4.5.3	Verfahrensfähigkeit	376	15.3	Prozesskostenhilfe	396
14.4.6	Bevollmächtigte, Verfahrens- vollmacht, Beistand	377	15.4	Besondere Verfahrensvorschriften für das Urteilsverfahren	396
14.4.6.1	Bevollmächtigte	377	15.5	Besondere Verfahrensvorschriften für das Beschlussverfahren	398
14.4.6.2	Verfahrensvollmacht	377	15.6	Rechtsmittel im Arbeitsgerichtsverfahren	398
14.4.6.3	Beistand	378	15.6.1	Rechtsmittel im Urteilsverfahren	398
14.4.7	Akteneinsicht	378	15.6.1.1	Die Berufung	398
14.4.8	Bekanntgabe von Entscheidungen	379	15.6.1.2	Die Revision	399
14.5	Familiensachen und Familien- streitsachen	379	15.6.2	Rechtsmittel im Beschlussverfahren	399
14.5.1	Familiensachen	379	15.7	Das arbeitsgerichtliche Mahnverfahren	400
14.5.2	Familiensstreitsachen	380	15.8	Aufgaben und Übungsfälle	400
14.5.3	Besonderheiten in Ehesachen und Familienstreitsachen	380	16	Exkurs: Die freiwillige Gerichtsbarkeit	401
14.5.4	Zwangsvollstreckung und Kostentragung	381	16.1	Allgemeine Vorschriften der freiwilligen Gerichtsbarkeit	402
14.5.5	Rechtsmittel	381	16.1.1	Aufgaben und gesetzliche Grundlagen	402
14.5.5.1	Die Beschwerde gem. §§ 58 ff. FamFG	381	16.1.2	Organe der freiwilligen Gerichtsbarkeit	402
14.5.5.2	Die Rechtsbeschwerde gem. §§ 70 ff. FamFG	382	16.1.3	Die Beteiligten	403
14.6	Verfahren in Ehesachen gem. §§ 121 ff. FamFG	382	16.2	Das Verfahren im Einzelnen	403
14.6.1	Örtliche Zuständigkeit	382	16.2.1	Verfahrensgrundsätze	403
14.6.2	Vertretung durch einen Rechtsanwalt	383	16.2.2	Zuständigkeiten in der freiwilligen Gerichtsbarkeit	404
14.7	Verfahren in Scheidungs- und Folgesachen	383	16.2.3	Arten der Entscheidungen in Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit	405
14.8	Verfahren in Kindschaftssachen	384	16.2.4	Rechtsmittel gegen Entschei- dungen der Amts- und Landgerichte	405
14.8.1	Örtliche Zuständigkeit	384	16.2.4.1	Die Beschwerde	405
14.8.2	Vorrang und Beschleunigungs- gebot	385	16.2.4.2	Die Rechtsbeschwerde	406
14.8.3	Einvernehmliche Lösung	385	16.3	Übersicht über ausgewählte Verfahrensarten	407
14.8.4	Verfahrensbeistand und persönliche Anhörung des Kindes	385	16.3.1	Buch 3: Verfahren in Betreuungs- und Unterbringungssachen	407
14.9	Abstammungssachen	386	16.3.2	Buch 4: Verfahren in Nachlass- und Teilungssachen	408
14.10	Adoptionssachen	386	16.3.3	Buch 5: Verfahren in Register- sachen, unternehmensrechtliche Verfahren	408
14.11	Verfahren in Ewohnungs- und Haushaltssachen	387	16.3.4	Beurkundungssachen	409
14.12	Verfahren in Unterhaltssachen	388	16.3.4.1	Materiell-rechtliche Vorschriften	409
14.13	Die Beratungshilfe	389	16.3.4.2	Formell-verfahrensrechtliche Bestimmungen	411
14.13.1	Voraussetzungen der Beratungshilfe	389	16.4	Aufgaben und Übungsfälle	412
14.13.2	Umfang der Beratungshilfe	389			
14.13.3	Durchführung der Beratungshilfe	390			
14.14	Die Prozesskostenhilfe	390			
14.14.1	Voraussetzungen der Prozesskostenhilfe	390			
14.14.1.1	Die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse	390			
14.14.1.2	Die Erfolgsaussichten der Klage	391			

Lerngebiet IV: Die Zwangsvollstreckung	413		
17	Allgemeine Vorschriften.	414	
18	Überblick über die Arten der Zwangsvollstreckung	416	
18.1	Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen.	416	
18.1.1	Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen gem. §§ 803 bis 807 ZPO	416	
18.1.2	Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen gem. §§ 864 bis 871 ZPO und ZVG	416	
18.2	Die Zwangsvollstreckung wegen anderer Ansprüche gem. §§ 883 bis 898 ZPO	417	
18.3	Aufgaben und Übungsfälle.	418	
19	Die Organe der Zwangsvollstreckung	419	
19.1	Der Gerichtsvollzieher	419	
19.2	Das Vollstreckungsgericht	422	
19.3	Das Prozessgericht	424	
19.4	Das Grundbuchamt	426	
19.5	Aufgaben und Übungsfälle.	426	
20	Die Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung	428	
21	Zur Zwangsvollstreckung geeignete Titel	429	
21.1	Die Urteile	429	
21.1.1	Die Rechtskraft der Urteile	430	
21.1.2	Die vorläufige Vollstreckbarkeit von Urteilen	433	
21.1.2.1	Die vorläufige Vollstreckbarkeit ohne Sicherheitsleistung	433	
21.1.2.2	Die vorläufige Vollstreckbarkeit gegen Sicherheitsleistung	436	
21.1.3	Die Sicherungsvollstreckung gem. § 720 a ZPO	440	
21.2	Prozessvergleiche und außergerichtliche Rechtsanwaltsvergleiche	440	
21.3	Kostenfestsetzungsbeschlüsse	441	
21.4	Einstweilige Anordnungen im Eheverfahren	442	
21.5	Vollstreckungsbescheide	443	
21.6	Vollstreckbare notarielle Urkunde mit Unterwerfungsklausel	443	
21.7	Arrestbefehle und einstweilige Verfügungen	443	
21.8	Aufgaben und Übungsfälle.	444	
22	Die Vollstreckungsklausel	446	
22.1	Die Erteilung der Vollstreckungsklausel	446	
22.2	Die Umschreibung der Vollstreckungsklausel	447	
22.3	Rechtsbehelfe im Klauselverfahren	448	
22.3.1	Rechtsbehelfe des Gläubigers	448	
22.3.2	Rechtsbehelfe des Schuldners	448	
22.4	Aufgaben und Übungsfälle.	450	
23	Die Zustellung	451	
23.1	Allgemeines	451	
23.2	Ausnahmen	451	
23.3	Arten und Grundsätze der Zustellung	451	
23.3.1	Die Zustellung von Amts wegen	451	
23.3.2	Die Zustellung im Parteibetrieb	451	
23.3.3	Besondere Wartefristen	452	
23.4	Aufgaben und Übungsfälle	454	
24	Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen.	455	
24.1	Die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen des Schuldners	455	
24.1.1	Das Vollstreckungsorgan	456	
24.1.2	Der Zwangsvollstreckungsauftrag	456	
24.1.3	Weg und Durchführung der Zwangsvollstreckung	457	
24.1.3.1	Zustellung des Vollstreckungstitels	457	
24.1.3.2	Aufforderung des Schuldners zur Zahlung	459	
24.1.3.3	Auf Zahlungsverweigerung erfolgt Sachpfändung	459	
24.1.3.4	Die Pfändung hat eine doppelte Wirkung	461	
24.1.3.5	Pfändbare Sachen	461	
24.1.3.6	Keine Prüfung der Eigentumsverhältnisse	462	
24.1.3.7	Durchsuchungserlaubnis der Wohnung des Schuldners	463	
24.1.3.8	Die gütliche Erledigung nach § 802 b ZPO	465	
24.1.3.9	Pfändungsprotokoll	466	
24.1.4	Pfändungsbeschränkungen	466	
24.1.4.1	Das Verbot der Überpfändung	466	
24.1.4.2	Das Gebot der Nachpfändung	466	
24.1.4.3	Pfändung von Früchten auf dem Halm gem. § 810 ZPO	467	
24.1.4.4	Pfändung von Hausrat gem. § 812 ZPO	467	
24.1.4.5	Unpfändbare und unter Eigentumsvorbehalt gelieferte Sachen gem. § 811 ZPO	467	
24.1.5	Verordnung über Formulare für die Zwangsvollstreckung	468	
24.1.5.1	Antrag auf Erlass einer richterlichen Durchsuchungsanordnung	469	
24.1.5.2	Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses	470	
24.1.5.3	Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses wegen Unterhaltsforderungen	471	
24.1.6	Besondere Arten der Pfändung	472	
24.1.6.1	Die Austauschpfändung gem. § 811a ZPO	472	
24.1.6.2	Die Vorwegpfändung	477	
24.1.6.3	Die Anschlusspfändung	478	
24.1.6.4	Die Pfändung zur Nachtzeit und an Sonn- und Feiertagen	480	
24.1.6.5	Strafrechtlicher Schutz der Pfändung	482	
24.1.7	Die Verwertung der Pfandsache	482	
24.1.7.1	Die öffentliche Versteigerung	482	

24.1.7.2	Die besonderen Arten der Verwertung	485	25.2.1	Die Zwangsvollstreckung wegen vertretbarer Handlungen (§ 887 ZPO)	549
24.1.7.3	Die Aussetzung der Verwertung.	487	25.2.2	Die Zwangsvollstreckung wegen nicht vertretbarer Handlungen (§ 888 ZPO)	552
24.1.7.4	Die Verteilung des Versteigerungserlöses.	489	25.3	Die Zwangsvollstreckung wegen Duldungen oder Unterlassungen	553
24.2	Die Zwangsvollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte	490	25.4	Die Zwangsvollstreckung wegen Abgabe einer Willenserklärung.	555
24.2.1	Die Zwangsvollstreckung in Geldforderungen	491	25.5	Aufgaben und Übungsfälle	555
24.2.1.1	Der Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses	492	26	Die Vermögensauskunft des Schuldners gem. § 802 c ZPO	556
24.2.1.2	Der Erlass des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses	496	26.1	Das Verfahren zur Abnahme der Vermögensauskunft des Schuldners	557
24.2.1.3	Stellung und Auskunftspflicht des Drittschuldners	501	26.2	Zuständigkeit	557
24.2.1.4	Die Vorpfändung gem. § 845 ZPO	503	26.3	Das Verfahren zur Abgabe der Vermögensauskunft und der eidesstattlichen Versicherung	558
24.2.1.5	Die Pfändung von Arbeitseinkommen	508	26.3.1	Der Auftrag zur Abnahme der Vermögensauskunft und der eidesstattlichen Versicherung	558
24.2.2	Die Zwangsvollstreckung in besondere Vermögenswerte	520	26.3.2	Der Verlauf des Termins	561
24.2.2.1	Die Zwangsvollstreckung in Herausgabeansprüche.	520	26.4	Haftbefehl und Verhaftung	565
24.2.2.2	Die Zwangsvollstreckung in Sparguthaben.	522	26.5	Das Schuldnerverzeichnis	568
24.2.2.3	Die Zwangsvollstreckung in Kontokorrentguthaben	522	26.6	Aufgaben und Übungsfälle	569
24.2.2.4	Die Zwangsvollstreckung in Ansprüche aus Wertpapieren	523	27	Die Einwendungen gegen die Zwangsvollstreckung	570
24.2.2.5	Die Zwangsvollstreckung in andere Vermögensrechte	524	27.1	Die Erinnerung gem. § 766 ZPO	570
24.3	Das Verteilungsverfahren	524	27.2	Die sofortige Beschwerde gem. § 793 ZPO	574
24.4	Die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen	525	27.3	Die Vollstreckungsabwehrklage gem. § 767 ZPO	576
24.4.1	Gegenstand der Liegenschaftsvollstreckung	525	27.4	Die Drittwiderspruchsklage gem. § 771 ZPO	580
24.4.2	Die Arten der Vollstreckung	526	27.5	Exkurs: Die Klage auf vorzugsweise Befriedigung gem. § 805 ZPO	585
24.4.2.1	Die Sicherungshypothek	527	27.6	Die Einstellung der Zwangsvollstreckung durch den Gerichtsvollzieher	587
24.4.2.2	Die Zwangsverwaltung	530	27.7	Aufgaben und Übungsfälle	588
24.4.2.3	Die Zwangsversteigerung	533	28	Der Arrest und die einstweilige Verfügung	590
24.5	Aufgaben und Übungsfälle	537	28.1	Der Arrest	590
25	Die Zwangsvollstreckung wegen anderer Ansprüche gem. §§ 883 bis 898 ZPO	545	28.1.1	Die Arten des Arrestes	591
25.1	Herausgabe- und Räumungsansprüche	545	28.1.1.1	Der dingliche Arrest	591
25.1.1	Die Herausgabe beweglicher Sachen beim Schuldner (§§ 883, 884 ZPO)	545	28.1.1.2	Der persönliche Sicherheitsarrest	591
25.1.2	Die Räumung und Herausgabe unbeweglicher Sachen (§ 885 ZPO)	546	28.1.2	Das Arrestverfahren	592
25.1.3	Räumung oder Herausgabe von Sachen im Gewahrsam eines Dritten (§ 886 ZPO)	547	28.1.2.1	Die Anordnung des Arrestes	592
25.2	Die Zwangsvollstreckung wegen Vornahme von Handlungen (§§ 887, 888 ZPO)	549	28.1.2.2	Die Vollziehung des Arrestes	593
			28.2	Die einstweilige Verfügung	596
			28.2.1	Die Arten der einstweiligen Verfügung	596
			28.2.2	Die Besonderheiten des Verfahrens	597
			28.3	Schadensersatzpflicht	597
			28.4	Aufgaben und Übungsfälle	599
			29	Das Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG)	601
				Stichwortverzeichnis	603

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AG	Amtsgericht
AktG	Aktiengesetz
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
BAG	Bundesarbeitsgericht
BerHG	Beratungshilfegesetz
BeurkG	Beurkundungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BNotO	Bundesnotarordnung
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BSG	Bundessozialgericht
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVG	Bundesverwaltungsgericht
DBP	Deutsches Bundespatent
d. h.	das heißt
DONot	Dienstordnung für Notare
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DR-Nr.	Dienstregister-Nummer
e. G.	eingetragene Genossenschaft
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EV	Eidesstattliche Versicherung
e. V.	eingetragener Verein
evtl.	eventuell
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamGKG	Gesetz über Gerichtskosten in Familiensachen
ff.	fortfolgende
FG	Finanzgericht
FGO	Finanzgerichtsordnung
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GG	Grundgesetz
gg.	gegen
GKG	Gerichtskostengesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung

GV	Gerichtsvollzieher
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVGA	Gerichtsvollziehergeschäftsanweisung
GVKostG	Gesetz über die Kosten der Gerichtsvollzieher
HGB	Handelsgesetzbuch
i. d. R.	in der Regel
InsO	Insolvenzordnung
i. V. m.	in Verbindung mit
JGG	Jugendgerichtsgesetz
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KostO	Kostenordnung
Kost.-Verz.	Kostenverzeichnis
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KV	Kostenverzeichnis
LArbG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
LSG	Landessozialgericht
MAGM	Maschinelles gerichtliches Mahnverfahren
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über die Ordnungswidrigkeiten
PatAnwO	Patentanwältsordnung
Pbv	Prozessbevollmächtigter
PfÜB	Pfändungs- und Überweisungsbeschluss
RA	Rechtsanwalt
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
RdNr	Randnummer
RPfl	Rechtspfleger
RPflG	Rechtspflegergesetz
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
S.	Satz/Seite
ScheckG	Scheckgesetz
SG	Sozialgericht
SGB	Sozialgesetzbuch
SGG	Sozialgerichtsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen
StVG	Straßenverkehrsgesetz

usw.	und so weiter
V	Verkündung
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VV	Vergütungsverzeichnis
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WEG	Wohnungseigentumsgesetz
WG	Wechselgesetz
Z	Zustellung
z. B.	zum Beispiel
ZPO	Zivilprozessordnung
ZVFV	Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung
zz.	zurzeit

Lerngebiet I: Recht

Lernziele

Kapitel 1 bis 5: Rechtspflege

Wenn Sie die entsprechenden Kapitel durchgearbeitet haben, können Sie

- die Aufgaben des Rechts erläutern,
- jeweils anhand eines Beispiels Rechtssubjekte von Rechtsobjekten unterscheiden,
- den Unterschied zwischen dem subjektiven und dem objektiven Recht erklären,
- ihren Mitschülerinnen und Mitschülern die Symbole der Göttin Justitia erläutern,
- die Notwendigkeit der Gewaltenteilung erklären,
- die gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Gewalt unterscheiden,
- Beispiele für die horizontale und vertikale Gewaltenteilung angeben,
- anhand von selbst gewählten Beispielen Gesetze, Rechtsverordnungen und Satzungen voneinander unterscheiden,
- erklären, was unter Privatrecht und öffentlichem Recht verstanden wird,
- gesetzliche Bestimmungen des materiellen und formellen Rechts nennen,
- Inhalte und Folgerungen des zwingenden und nachgiebigen Rechts erläutern,
- die Personen der Rechtspflege bestimmen,
- die Funktionen (Aufgaben) des Richters, Staatsanwalts, Rechtsanwalts, Notars, Rechtspflegers, Urkundsbeamten der Geschäftsstelle und des Gerichtsvollziehers beschreiben,
- angeben, für welche Streitigkeiten der Europäische Gerichtshof zuständig ist,
- die Verfassungsgerichtsbarkeit als Hüterin der Verfassungen erklären,
- den Aufbau der ordentlichen Gerichtsbarkeit erläutern,
- den Verhandlungsgrundsatz vom Untersuchungsgrundsatz unterscheiden,
- einige selbst gewählte Beispiele der streitigen und der freiwilligen Gerichtsbarkeit zuordnen,
- die Besetzung und Zuständigkeit der Zivil- und Strafgerichte erläutern,
- den Instanzenzug in Zivilsachen, Strafsachen und Bußgeldsachen nennen,
- anhand selbst gewählter Beispiele erklären, in welchen Sachen
 - die Arbeitsgerichtsbarkeit,
 - die Finanzgerichtsbarkeit,
 - die Sozialgerichtsbarkeit,
 - die Verwaltungsgerichtsbarkeit entscheidet,
- die Instanzenzüge der besonderen Gerichtsbarkeit nennen.

1 Einführung in das Recht

1.1 Begriff und Wesen des Rechts

Das **Recht** hat die Aufgabe, das **Zusammenleben der Menschen** in der staatlichen Gemeinschaft durch verlässliche **Regeln** zu **ermöglichen** und damit den **Rechtsfrieden** zu wahren.

Diese Regeln existieren als Gebote (du sollst), als Gewähungen (du kannst) und als Verbote (du darfst nicht).

Beispiele

- | ● Gebote (du sollst!) | ● Gewähungen (du kannst!) | ● Verbote (du darfst nicht!) |
|------------------------|---------------------------|------------------------------|
| § 5 Abs. 1 StVO | Art. 2 Abs. 1 GG | § 12 Abs. 1 StVO |
| Art. 29 Abs. 1 ScheckG | Art. 12 GG | § 136a StPO |
| § 535 BGB | § 903 S. 1 BGB | § 829 Abs. 1 ZPO |

1.1.1 Die Sittlichkeit

Während das Recht grundsätzlich nur auf das äußere Verhalten des Menschen abzielt, strebt die **Sittlichkeit** (Moral, Ethik) die Ordnung menschlichen Zusammenlebens durch ein **inneres Verhalten** an, das die Moral und letztlich das **Gewissen** vorgeben.

Die Sittlichkeit kennt zwar **keine Erzwingbarkeit** ihrer Normen, verlangt von den Menschen aber mehr als das Recht.

Beispiel

- Gem. § 1601 BGB sind Verwandte in gerader Linie (das sind Eltern und Kinder) verpflichtet, einander Unterhalt zu gewähren. Diese Vorschrift gilt nicht für Kinder untereinander.

Dass ein steinreicher Bruder seinen unverschuldet in wirtschaftliche Not geratenen Bruder unterstützt, verlangt nicht das BGB, sondern die Sittlichkeit (Gewissen).

1.1.2 Die Sitte

Die **Sitte** will mit ihren Regeln das **Zusammenleben** der Menschen **überschaubarer** und **angenehmer** gestalten. Sie verlangt, wie das Recht, ein bestimmtes **äußeres Verhalten** ohne rechtlich verbindlich und erzwingbar zu sein.

Beispiele

- Sie tragen saubere Kleidung in der Schule und in der Kanzlei.
- Sie sind höflich und korrekt.

➔ Merken Sie sich bitte:

- ▶ Wenn wir uns **nicht** an die **Gebräuche oder Anstandsregeln halten**, müssen wir nicht mit Strafe, sondern eher mit Verachtung und Ausgrenzung rechnen (**die Menschen rümpfen die Nase**).

1.1.3 Änderungen des Rechts

Im Laufe der Jahrhunderte haben sich die Ansichten, was **Recht** ist, gewandelt. So war es beispielsweise früher nicht unüblich, dass die Arbeitnehmer Kohlen und sonstige Feuerungsmittel mit ins Büro bringen mussten, damit das Arbeiten im Winter einigermaßen erträglich war. Die damaligen Lehrlinge mussten ihrem Lehrherrn noch das Lehrgeld für ihre eigene Ausbildung zahlen.

Beispiel

- Mit der Erfindung des Computers oder der Landung auf dem Mond mussten Regeln geschaffen werden, die die missbräuchliche Nutzung dieser Erfindungen verbieten und unter Strafe stellen.

➔ Merken Sie sich bitte:

- ▶ Unser **Recht** ist kein für alle Zeiten festgelegtes Recht, sondern **wird** den Erfordernissen der Wirtschaft und der Kultur **angepasst**.

1.1.4 Rechtssubjekt – Rechtsobjekt

Das **Rechtssubjekt** ist immer eine natürliche oder eine juristische **Person** (Frage WER?), an die sich die Rechtsnorm richtet.

Beispiele

- Natürliche Personen sind alle Menschen (Sie und ich).
- Juristische Personen sind Personenvereinigungen oder Vermögensmassen (AG, GmbH, die Stadt Ulm, die Rechtsanwaltskammer).

Das **Rechtsobjekt** ist immer eine **Sache** oder ein nichtkörperlicher Gegenstand (Frage WEN oder WAS?), auf den sich das Recht des Rechtssubjekts bezieht.

Beispiele

- Kleider, Schuhe, Haus, Schreibtisch

1.1.5 Rechtsnormen

Rechtsnormen (normativ = richtungsweisend) oder Rechtssätze sind **Regelungen in Gesetzen**, die für eine Vielzahl von Menschen der Gesellschaft verbindlich sind.

Durch diese Vorschriften und Regelungen wird ein bestimmtes äußeres Verhalten der betroffenen Menschen erwartet.

Beispiele

- § 823 BGB Schadensersatzpflicht
- § 1239 Abs. 1 BGB Mitbieten durch Gläubiger und Eigentümer

1.2 Die Rechtsordnung des Staates

1.2.1 Das objektive Recht

Unter dem **objektiven Recht** ist die **Gesamtheit aller geltenden Rechtssätze**, Vorschriften und Regeln eines Staates zu verstehen, die für **alle** gleichermaßen **Gültigkeit** haben. Hier werden z.B. die rechtlichen Beziehungen der Menschen untereinander oder die Beziehungen der Bürger zum Staat geregelt.

Beispiele

- BGB, HGB regeln die Beziehungen der Bürger untereinander.
- GG, StGB regeln die Beziehungen zwischen Bürger und Staat.

1.2.2 Das subjektive Recht

Das **subjektive Recht (Berechtigung)** gewährt dem **einzelnen Menschen** rechtliche Befugnisse für sein Tun oder Unterlassen.

Beispiele

- Der Käufer kann vom Verkäufer auf Grund eines abgeschlossenen Kaufvertrages gem. § 433 Abs. 1 BGB die Übergabe der gekauften Sache und die Eigentumsübertragung verlangen.
- Wenn Sie am Kiosk eine Zeitung kaufen, können Sie diese lesen und dann in einen Altpapiercontainer werfen; Sie können die Zeitung aber auch ungelesen verschenken oder zum Einpacken verwenden.

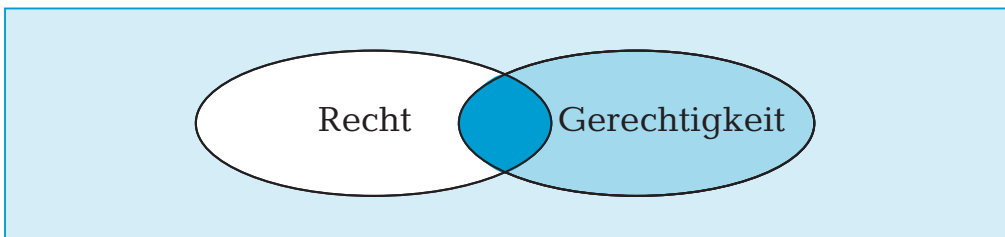
Sobald Sie also Eigentümer der gekauften Sache geworden sind, können Sie mit dieser Sache im Rahmen des Art. 14 GG und § 903 BGB nach Belieben verfahren.

1.3 Recht und Gerechtigkeit

Rechtsvorschriften sollen die **zwischenmenschlichen Beziehungen regeln**. Nun kann es aber vorkommen, dass eine Straße nicht gebaut werden kann, weil einige Grundstückseigentümer ihre Grundstücke, die zum Bau der Straße notwendig sind, nicht zur Verfügung stellen. Sie wollen diese Straße nicht. Für die Allgemeinheit ist aber der Bau der Straße wichtig.

Wenn nun die Eigentümer enteignet werden und die Straße doch gebaut wird, so werden diese Bürger die gerichtliche Entscheidung als „**ungerecht**“ empfinden. Die Allgemeinheit wird jedoch dieser Entscheidung dankbar zustimmen.

Hier wird deutlich, wie schwierig es ist, **Recht und Gerechtigkeit** in völlige Übereinstimmung zu bringen.



➔ Merken Sie sich bitte:

- 1 **Recht** ist immer der **Wille zur Gerechtigkeit**. **Gerechtigkeit** heißt, dass **alle Bürger am gleichen Maß gemessen** werden sollen. **Ohne Ansehen der Person** soll gerichtet werden.

Die Gerechtigkeit wird durch die Göttin **Justitia** oder **Gerechtigkeitsgöttin** symbolisiert:

- Augenbinde** = Gleichbehandeln (neutral, objektiv, unparteiisch)
- Schwert** = Durchsetzung des Rechts
- Waage** = Abwägen zwischen Recht und Unrecht



➔ Merken Sie sich bitte:

- 1 **Recht** = **Ordnung menschlichen Zusammenlebens** durch **Gebote, Gewähungen und Verbote**.
- 2 **Sitte** = das unter **Menschen übliche Verhalten** ohne rechtlichen Anspruch.
- 3 **Moral** = richtet sich an die **Gesinnung des Menschen** ohne äußerlichen Zwang.

Zusammenfassung

